

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

3/II/24

Hannover, 21. März 1947  
Telefon 20951/52

Klarheit und Wahrheit  
-----

F.S. Es ist nicht erforderlich, gewagte Vermutungen über die Haltung der SPD zu der Forderung nach Errichtung einer repräsentativen deutschen Vertretung anzustellen oder geheimnisvolle Andeutungen über Schumachers Reisen zu machen. Die SPD will sich an einer nationalen Repräsentation beteiligen, aber sie wird es nicht unter allen Umständen tun. Das ist es, was zu beachten wäre und was grössere Aufmerksamkeit verdient. Der Vorsitzende der SPD hat die Voraussetzungen, die für eine Mitwirkung der Partei gelten, in einer Konferenz der Funktionäre der SPD in Berlin mitgeteilt. Sie richten sich sämtlich als Forderungen an die unter dem Namen der Sozialistischen Einheitspartei in der Ostzone bestehende kommunistische Partei und erwarten mehr Zurückhaltung bei der Beurteilung eines Friedensvertrages, der noch nicht existiert und den noch niemand kennt; sie verlangen Widerstand gegen die Demontage und den Zwangsausverkauf in der Ostzone; sie verlangen ein offenes Eintreten für staatliche und persönliche Freiheit, für die Rückgabe der sowjetisierten deutschen Industriebetriebe, für eine Revision der polnisch-deutschen Grenze und für eine Klärung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen in Russland.

Es ist so selbstverständlich, dass es in diesem Zusammenhang nicht mehr begründet zu werden braucht, dass nämlich vor jeder Erörterung der Bildung einer gemeinsamen deutschen Vertretung aller Parteien die Anerkennung der SPD auch in der gesamten Ostzone erfolgen muss und dass die SPD dort unter den gleichen freiheitlichen Bedingungen bestehen und wirken kann, wie sie in den Westzonen für alle Parteien gegeben sind. Dies haben die Sozialdemokraten als die Voraussetzungen einer Zusammenarbeit bezeichnet, und sie taten es, weil anders wegen der vollkommenen Unterschiede in den Auffassungen über die Grundrechte der Persönlichkeit und

7/II/84

- 2 -

spd / 21. März 1947

Die Aufgaben einer deutschen Politik eine ernsthafte und sinnvolle gemeinsame Tätigkeit nicht möglich wäre. Jeder Versuch, sie dennoch zu beginnen, müsste in Deutschland und in Ausland, im Osten und Westen als eine Täuschung oder gar als Tarnung betrachtet werden - eine gefährliche Möglichkeit. Vielleicht die wichtigste Grundlage künftiger internationaler Arbeit Deutschlands ist die unbedingte und uneingeschränkte Aufrichtigkeit, die sich in Worten und Taten darstellt und die auch nicht im Blick auf die jeweiligen Träger der politischen Macht in Deutschland bezweifelt werden darf.

Dreimal ist der Versuch gemacht worden, die SPD mit den anderen deutschen Parteien und auch mit der SED an einen Tisch zu bringen. Der achtzigjährige Dr. Schiffer gab als erster die Meinung wieder, alle Parteien sollten im Angesicht der Moskauer Konferenz eine deutsche Vertretung zu bilden versuchen. Dr. Kütz, der Vorsitzende der Demokratischen Partei Deutschlands, versuchte kürzlich eine Besprechung geladener Parteivertreter in Braunschweig zu arrangieren. Dann folgte eine Einladung der CDU, Schumacher und Ollenhauer (die beiden Vorsitzenden der SPD) und Erich Brost, ständiger Vertreter des Parteivorstandes in Berlin, haben am 19. März mit Jakob Kaiser und Ernst Lemmer von der CDU und Dr. Josef Müller von der bayerischen CSU in Berlin gesprochen. Ein Kommuniqué besagt, dass vor allem von den Vertretern der CDU in der Ostzone der Versuch unternommen werde, die für eine Zusammenkunft aller Parteien erforderliche Atmosphäre zu schaffen. Das ist eine nützliche und dankenswerte Unternehmung. Sie wird umso eher von Erfolg gekrönt sein, wenn man überall genau beachtet, welche Voraussetzungen notwendigerweise zu schaffen sind, die in Schumachers Berliner Rede vom 18. März 1947 unzweideutig formuliert wurden und wenn genügend Wirklichkeitssinn dafür besteht, dass diese Thesen nicht "Forderungen" sind oder Vorrechte für eine Partei begründen wollen, sondern erst einmal gleiches Recht schaffen müssen und nüchtern die Basis kennzeichnen, auf der allein eine erfolgsversprechende Arbeit geleistet werden kann und auf die auch alle wahrhaft demokratisch gesinnten deutschen Parteien zu treten vermögen. Mit anderen Worten: die SPD muss auch in der Ostzone die Möglichkeit freier Entfaltung und politischer Wirkung haben, wie sonst überall in Deutschland, und für alle Parteien muss die Unabhängigkeit ihrer politischen Entscheidungen zweifelsfrei und vorbehaltlos gesichert sein. Dies ist nötig und vor dieser Entscheidung gibt es kein Ausweichen. (D/2/213/1/4he)

Skandinavische Gemeinschaft

## Ein Beispiel für die europäische Föderation

C.V. In den Zwischenkriegsjahren traten die Bestrebungen auf eine skandinavische Föderation immer stärker in den Vordergrund der nordischen Politik. Aber die sehr weitgestreckten Ziele und aussenpolitischen Schwierigkeiten verhinderten ihre frühzeitige Verwirklichung. Nach 1933 war es vor allem das nazistische Deutschland, welches in der Atomisierung Europas die notwendige Voraussetzung für seine Eroberungspläne sah und deshalb keineswegs am Zustandekommen eines Staatenblocks interessiert war. Für sich schien jede der vier kleinen Mächte - nach 1918 war Finnland hinzugekommen - vor Erpressungen wehrlos. Dazu war es für Berlin nicht ganz klar, nach welcher Richtung eine Föderation letzten Endes tendieren würde, in der zwei Mitglieder so ausgesprochen englische Sympathien hatten wie Norwegen und Dänemark. Dieses Berliner Veto war der Hintergrund für die seinerzeitige Rede des dänischen Ministerpräsidenten Steining in Lund, der eine skandinavische Verteidigungsunion gerade in jenem Augenblick als unrealistisch zurückwies, in dem sie ihrer Verwirklichung nahe zu sein schien. Auch der spätere kurze Ausflug des schwedischen Aussenministers Sandler in den Versuch einer Ostseeunion um die schwedisch-polnische Achse musste aus ähnlichen Gründen aufgegeben werden.

Der Krieg bereitete jedem der nordischen Nationen ein anderes Schicksal, das - mit Ausnahme Schwedens - für sie alle schwer und leidvoll gewesen ist. Damals wie heute glaubt ein wesentlicher Teil der Skandinavie, dass ein gesamelter und auf alle Eventualitäten vorbereiteter Norden vor Krieg verschont geblieben wäre. Aber auch heute wieder sind es in erster Linie aussenpolitische Schwierigkeiten, welche sich der nordischen Föderation in den Weg stellen, nachdem im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit nun auch die Norweger und Dänen sich - wie Schweden von jeher - zur Aufrüstung entschlossen haben. Der entscheidende Widerstand kommt diesmal von Russland, welches zu befürchten scheint, dass eine skandinavische Föderation zum Instrument jener anglo-amerikanischen "Einkreisung" werden würde, gegen die Russland immer auf der Lauer ist.

Ämtliche norwegische Äusserungen von der Brückenaufgabe dieses Landes zwischen Ost und West, die sich anbahnenden Handels- und anderen guten Beziehungen zwischen Dänemark und Russland, vor allem aber die den Russen gewährte schwedische Milliardenanleihe müssen vor allem auch als ein Versuch gesehen werden, das russische Misstrauen zu mildern. Aus dieser Perspektive gesehen, war es nicht nur ein grosser Erfolg Schwedens, sondern auch seiner skandinavischen Ziele, dass es trotz mancher Klagen gegen seine Kriegspolitik einstimmig und sogar mit russischer Empfehlung in die UNO aufgenommen wurde. Abgesehen von den skandinavischen Gemeinschaftsbestrebungen gibt es im Norden eigentlich nur insofern eine Aussenpolitik, als sie zur Sicherung von Freiheit und Integrität unentbehrlich ist. So ist der politische Skandinavismus, der eine einheitliche Staatsbürgerschaft und wirtschaftliche Gleichberechtigung in den nordischen Ländern, sowie gemeinsame Aussen-, Verteidigungs- und Wirtschaftsministerien vorsieht, eigentlich nur eine Konsequenz jenes entscheidende kulturellen und sozialen Skandinavismus, der sich bemüht, unter Respektierung des jeweiligen völkischen Ursprungs und der nationalen Eigenart einen skandinavischen Menschen zu erziehen.

In diesem Sinne besteht eine ausserordentlich weitgehende Zusammenarbeit zwischen den nordischen Schulen, Hochschulen und besonders Volkshochschulen, die zum entscheidenden Träger des nordischen Gedankens geworden sind. Von gar nicht zu überschätzendem Einfluss ist dabei die gleichartige soziale und kulturelle Struktur dieser Länder, die in erste Linie das Verdienst der Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Genossenschaften ist. Es gibt keine Tagung, keine Konferenz oder wichtige Entscheidung in einem nordischen Land, ohne dass Vertreter der Brudervölker eingeladen und zu Rate gezogen werden. Auf diesen und vielen anderen

Wegen ist die skandinavische Gemeinschaft im Bewusstsein der Menschen seit langem eine unbestreitbare Wirklichkeit geworden, auch wenn sie im Raum der grossen Politik noch keine Föderation wurde. Diese unbestreitbare geistige Wirklichkeit aber ist zugleich auch die beste Gewähr dafür, dass aus einer nordischen Föderation - wann sie auch immer kommen mag - etwas Dauerhaftes und Ganzes werden wird.

Mit der Methode, vom Menschen und nicht der instrumentalen Kälte und Technik des Staates her, an föderative Aufgaben heranzugehen, weist der Norden dem restlichen Europa den Weg. Und das gerade ist ein Teil des nordischen Programms. Denn Skandinavien wünscht keinesfalls jene Autarkie selbstgewählter Armut, jenes "Sich-Selbst-Genugsein", das einer seiner grössten Dichter im Per Gynt so eindrucksvoll ablehnt. Der Norden möchte - und das ist ganz bewusst - weit über seinen engen Rahmen hinaus ein Beispiel geben und jene Entwicklung ins Rollen bringen, die auf ähnlichen Wegen zu einer europäischen Föderation führen muss. (b/B49/213/1/me)

### Wochenschrift und Tageszeitung in England

( von einem gelegentlichen Mitarbeiter in London )

Dr. B. - Die Wochenschriften, insbesondere die politischen, spielen in England eine ungleich grössere Rolle als in irgendeinem anderen Lande. Ihre Meinungen und Urteile werden bevorzugt zitiert, vor allem auch ausserhalb Englands. Als vor einigen Wochen während der grossen Kohlenkrise in England zahlreiche Einschränkungen im englischen Pressewesen vorgenommen werden mussten, räumten die grossen weitererscheinenden Tageszeitungen, die selbst stark im Raum beengt waren, den Wochenschriften einen grossen Platz ein, ob sie nun politischen, wirtschaftlichen, kirchlichen, pädagogischen oder auch nur gesellschaftlichen Inhalt haben. Das war nicht nur eine Geste hilfswilliger Kollegialität. Nebereinstimmend erklärten die Tageszeitungen, dass alle diese Wochenschriften zur Bildung der öffentlichen Meinung unentbehrlich seien und ganz besonders wurde und wird dies von den politischen Wochenschriften behauptet, die zum Teil schon seit einem Jahrhundert und länger erscheinen.

Der Deutsche, gewohnt, seine politische Meinung aus seiner Zeitung zu schöpfen, fragt erstaunt, wozu der englische Leser denn seine Zeitung liest. Wir holen uns die Antwort bei C.P.Scott, dem Mann, dem es gelungen ist, den "Manchester Guardian" aus einem nur örtlichen Wirtschaftsblatt zu einer der führenden englischen Tageszeitungen und international angesehenen Weltblatt zu machen. Scott sagt: "Die erste Aufgabe einer Zeitung ist das Sammeln von Nachrichten, den "News". Die Nachrichten mussten wahr sein: Auslegung ist frei, Tatsachen, 'Facts', sind aber heilig. So kauft der Engländer seine vielen Zeitungen noch heute wegen der 'Nachrichten'. Seine Bedürfnisse sind dabei ganz verschieden. Sehr vielen ist die Hauptsache der Sportteil. Ein Zehntel der Bevölkerung verspielt ja jede Woche eine grössere oder kleinere Summe bei Wetten auf Pferde-, oder Hundewetten und Fussballspiele. Eine ganze Industrie baut darauf auf. Anderen Lesern ist wieder der Wirtschaftsteil die Hauptsache. Die Mehrzahl der übrigen Leser wünscht einfach Nachrichten oder Neuigkeiten. Das Grossstadtleben will Zerstreuung zum Ausgleich gegen die Uebermüdung der Nerven und England ist ja das Land weniger grosser Zeitungen, von denen eine ganze Reihe weit über eine Million Auflage haben. Besonders die Abendblätter bringen im wesentlichen Kurznachrichten und Bilder, und alles das mit raumverschwendenden dicken Schlagzeilen und Zwischenüberschriften. Der Engländer ist der Auffassung, dass der Aufmachung eine beherrschende Rolle für die Wirkung einer Zeitung zukommt.

Da heisst ein Artikel Formaggio; eine Fussnote sagt dazu, im Lande der Musik, in Italien, heisse der Käse Formaggio. Die Nachricht selbst erzählt, dass der deutsche Kriegsgefangene Gottfried Dottermusch sich aus Käsekisten eine Geige verfertigt und auf einem Konzert in Beccles (Suffolk) eine Schubertsonate auf ihr vorgetragen habe. Die Neugier auf

die Person ist ungeheuer; darum wird auch immer der Name und womöglich das Bild gegeben. Und wiewas wie kürzlich ein Mädchen in Notwehr für die Mutter den eigenen betrunkenen Vater erschlägt, bekommt sie hunderte von Briefen mit Glückwunsch- und Heiratsanträgen, eben weil sie eine Tagesberühmtheit wurde. Umgekehrt bezichtigte sich kürzlich ein Gefangener fälschlich eines Mordes, für den schon ein anderer zum Tode verurteilt war, nur weil er sich gerne einmal in den Schlagzeilen sehen wollte, was ihm auch für eine Woche gelang. Leichter hatte es ein siebenjähriger Junge, der mit Bild und vollem Namen in ein Abendblatt kam, weil er beim Schlittensfahren in einem Londoner Park jeweils mit seinem Schlitten einen kleinen Sprunghügel nahm.

Genug von den Neuigkeiten. Man fragt: Hat die englische Tagespresse denn keinen politischen oder parteipolitischen Charakter? Das zu sagen wäre natürlich falsch. Gerade C.F. Scott gibt uns wieder das Beispiel. Ihm selbst wurde in seiner Zeitung der "Comment", die Auslegung, wichtig neben den "heiligen" Tatsachen. Der "Manchester Guardian" ist durch Scott die führende liberale Zeitung Englands geworden neben "News Chronicle". Ueber die Weltstellung von "The Times" gerade als meinungsbildendem Faktor ist kein Wort zu verlieren. Die Meinungen der Labour Party wird man noch immer aus "Daily Herald" am zuverlässigsten und schnellsten erfahren. "The Daily Telegraph" hat seinen täglichen politischen konservativen Leitartikel. Er veröffentlichte z.B. die beiden grundlegenden Artikel Churchills über eine europäische Union. - Eine in Deutschland in diesem Umfang unbekannte Bedeutung misst man auch der täglichen politischen Karikatur zu; ein Gebiet, auf dem sich in England eine alte Tradition auf sehr hohem Niveau entwickelt hat. Ueber die Wirksamkeit dieser Art der politischen Meinungsbildung gibt es übrigens wohl nirgends einen Zweifel.

Dennoch hat gerade der kürzliche vorübergehende Ausfall der Wochenschriften, und insbesondere der politischen, auch nach dem freimütigen Eingeständnis massgebender Leute von der Tagespresse erneut bewiesen, dass die grossen politischen Gegenwartsprobleme in der ruhigeren, abgeklärteren Luft eben der Wochenschriften mit ihrer grösseren Möglichkeit zu einer gründlichen und von mancher Tagesleidenschaft freien Aussprache besser diskutiert werden können als irgendwo sonst. (b/A 1/173/1/h)

#### Harold Nicolson in der Labour Party

Der bekannte englische Publizist und politische Kommentator Harold Nicolson hat sich jetzt der Labour Party angeschlossen. Harold Nicolson, der 1935 für die National Labour kandidierte und ins Unterhaus gewählt wurde, trat in der letzten Wahlkampagne für Winston Churchill ein, setzte sich in seinem Wahlbezirk West Leicester aber nicht durch. Er begründete seinen Beitritt zur Labour Party mit der Erklärung, dass jetzt der Augenblick gekommen sei, wo der Regierung alle Unterstützung zuteil werden sollte, die sie erhalten kann. "Ich gehe mit Bovins Aussenpolitik restlos einig". (m/Blo/183/1/he)

#### Der Mann hinter Truman

Der überraschende politische Vorstoss des USA-Präsidenten Truman wird in eingeweihten Kreisen vor allem auf den Einfluss seines Schulfreundes Charles G. Ross zurückgeführt, der jetzt der Privatssekretär des Präsidenten ist. Charles G. Ross war zuletzt der Washingtoner Korrespondent des St. Louis "Post Dispatch" und gab diesen hoch dotierten Posten auf, als Truman ihn bat, sein persönlicher Berater zu werden. Er hat wesentlich dazu beigetragen, dass Truman in letzter Zeit erheblich an Popularität gewonnen hat. (m/Blo/183/1/he)

11/11/20

AFU gegen die neue Sklaverei

Von Friedrich Stampfer - New York

Der Leiter der American Federation of Labour, Matthew Woll, ist mit einem neuen scharfen Protest gegen das Ueberhandnehmen der neuen Sklaverei vor die Weltöffentlichkeit getreten. Die freien Arbeiter der Welt, sagt Woll, missten den Kampf gegen die neue Sklaverei aufnehmen, wenn sie nicht selber Sklaven werden wollten. Nach seiner Schätzung wird jetzt schon ein Drittel der europäischen Produktion von Zwangsarbeitern geleistet. Während nach dem ersten Weltkriege die Freilassung der Kriegsgefangenen schon nach zehn Monaten erfolgt sei, würden jetzt in Frankreich, England, Polen und Jugoslawien noch viele Hunderttausende gefangen gehalten, und nach Angaben der Irkutsker "Frawda" befinden sich in Sibirien allein nicht weniger als fünf Millionen Kriegsgefangene, eine besonders aufschlussreiche Feststellung, zumal auf dem Hintergrund der kürzlichen Behauptung Molotows, dass sich nur noch rund 890.000 Kriegsgefangene in russischer Hand befänden. Zu ihnen gesellen sich die Millionen von Sowjetbürgern, die aus politischen oder anderen Gründen Zwangsarbeit leisten müssen. "Dieser Rückschritt", sagt Matthew Woll weiter, "hat sich mit solchem Ungestüm vollzogen, dass selbst ein sich selbst so nennender Weltgewerkschaftsbund die Einführung der Zwangsarbeit für die Ruhr-Bergleute empfiehlt."

Der Vizepräsident der grössten freien Gewerkschaftsorganisation der Welt verweist zum Schluss warnend auf das Schicksal Fritz Sauckels, der für die Einführung der Sklavenarbeit in Nazi-Deutschland zum Tode verurteilt wurde. Die Einführung ähnlicher Systeme in den Siegerländern steht nach seiner Überzeugung "in offenkundigem Gegensatz zu den sittlichen und rechtlichen Grundlagen des Urteils, das in Nürnberg gegen die Nazi-Verbrecher gefällt worden ist."

Das scharfe Urteil Matthew Wolls trifft auch die Regierung der Vereinigten Staaten selbst insofern, als diese ihre Kriegsgefangenen nicht sämtlich freigelassen, sondern einen beträchtlichen Teil von ihnen an die europäischen Alliierten "verliehen" hat. Nun bemüht sie sich, in Verhandlungen die Freilassung der ausgeliehenen Zwangsarbeiter zu erreichen und stösst dabei leider auf einen besonders zähen Widerstand in Frankreich. Dort wird immer wieder versichert, dass eine rasche Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen die französische Wirtschaft in die Gefahr des Zusammenbruchs bringen würde. Die Franzosen, die so reden, stellen ihrem Volk und Staat damit ein schlimmes Armutszeugnis aus. Wie müsste es um die Wirtschaft Frankreichs bestellt sein, wenn sie ohne deutsche Arbeitshilfe nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre! Und wie will Frankreich seinen grossen Plan, die deutsche Eisen- und Stahlindustrie zu sich herüberzuziehen, rechtfertigen und durchführen, wenn es schon jetzt seine Wirtschaft in ihrem bisherigen Umfang ohne Deutsche nicht aufrechterhalten kann?

Gewiss ist eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Franzosen und Deutschen eine unbedingte Notwendigkeit, aber sie kann nicht auf der Grundlage erfolgen, dass die Wirtschaft von den Franzosen beherrscht wird und die Deutschen die Arbeitskräfte zu liefern haben. Ein solches System würde bei den grossen amerikanischen Arbeiterverbänden und bei einem grossen Teil der öffentlichen Meinung Amerikas auf entschiedensten Widerspruch stossen, mit deren Grundsätzen es ebenso wenig im Einklang steht wie mit jenen der grossen französischen Revolution. (b/213/A9/1)he

Kriegsgefangene wählen

Aus dem Badminster Camp, dem Lager für Kriegsgefangene in England Nr.124 wird mitgeteilt, dass auch dort von den Gefangenen selbst eine Erkundung der politischen Meinung der Kriegsgefangenen vorgenommen wurde. Die Männer veranstalteten eine Wahl. Eine SED-Liste konnte nicht errichtet werden, so lautet der Bericht lakonisch, weil KPD und SPD im Lager sich nicht zusammenschliessen wollten. Bei 97,9% Wahlbeteiligung stimmten 67,5% der Kgf für die SPD, 20,1 % für die CDU, 5,4% für die KPD, 3,4% für die FDP und 3,6% der Stimmen waren ungültig. (m/2/213/1)he

Spannungen in Schweden

Auf dem Wege zu einer Koalitionsregierung  
(Von unseren ständigen Mitarbeiter in Schweden)

K.K. In unterrichteten Kreisen hält man es für sehr wahrscheinlich, dass die Sozialdemokratie ihre Versuche zur Sprengung der kompakten bürgerlichen Front, gegen die sie jetzt zu kämpfen hat, mit aller Kraft fortsetzen wird. Die Sozialdemokratie verfügt jetzt genau über die Hälfte der Sitze in der zweiten Kammer, jedoch ist ihre Stimmzahl bei den letzten Kommunalwahlen auf etwa 46 Prozent herabgesunken. Die im nächsten Jahre stattfindenden Reichstagswahl kann die Sozialdemokratie wieder in die Minderheit bringen. Die politischen Spannungen sind infolge der progressiven Steuerpolitik der sozialdemokratischen Mehrheit so gross wie kaum jemals zuvor in der schwedischen Politik. Die gesamte bürgerliche Presse läuft Sturm gegen den Finanzminister Wigforss und klagt die Regierung des Verfassungsbruches an, der nach der Ansicht dieser Presse bei einer Annahme der Steuergesetz-Vorschläge des Finanzministers gegeben wäre.

In diesem Zusammenhang sind die Spekulationen gewisser volksparteilicher Blätter interessant, die eine gewisse Bereitschaft der Bauernpartei zum Zusammenwirken mit den Sozialdemokraten erkennen wollen.

Ein solches Zusammenwirken hat in den Dreissigerjahren dem schwedischen Volke zum grossen Vorteil gereicht; es hat die Folgen der Weltwirtschaftskrise für Schweden überwinden helfen.

In der Hauptzeitung der schwedischen Sozialdemokratie, "Morgon Tidningen", erschien am 23. Februar ein bemerkenswerter Artikel aus der Feder des sozialdemokratischen Landwirtschaftsminister Sköld, der sich in sehr sachlicher und eingehender Weise mit der Notwendigkeit beschäftigt, das Kleinbauertum auf gesicherte soziale Grundlagen zu stellen. Dieser Artikel leitet wahrscheinlich eine sehr eingehende öffentliche Diskussion über die Landwirtschaftspolitik der sozialdemokratischen Regierung ein.

Auf alle Fälle beschäftigt das Bündnisproblem sehr viele der besten Köpfe in der schwedischen Sozialdemokratie. Man ist sich klar darüber, dass die Politik des Entweder-Oder, in welche die Arbeiterbewegung infolge der politischen Spannungen und der bürgerlichen Blockpolitik hineingetrieben werden kann, ihre grossen Gefahren hat. Wir glauben sagen zu können, dass sich Schweden auf dem Wege zu einer Koalitionsregierung befindet.  
(b/203/Alo/1/he)

Wahlen und Volksentscheid in Südbaden

Baden-Baden - Auch für Südbaden sind wie in der ganzen französischen Zone, die Landtagswahlen auf den 18. Mai festgesetzt. Damit verbunden ist auch ein Volksentscheid über die neue Verfassung. - Das Merkwürdige ist nun, dass, obgleich es bis zur Wahl nur noch knapp zwei Monate sind, bis jetzt weder ein Entwurf zu einer Verfassung vorliegt, noch irgendeine Beratung in einem Verfassungsausschuss oder gar in der Landesversammlung stattgefunden hat. Vielfach hört man in der Bevölkerung die Meinung, am besten sei, die für das Land Nordbaden-Nordwürttemberg bestehende Verfassung einfach auf die südlichen Teile der beiden Länder zu übernehmen, denn eine Vereinigung der beiden Hälften stehe ja doch in Bälde ausser Frage.  
(b/203/B6/1/he)

Verantwortlich: Fritz Säger, Hannover